

Begründung

Bebauungsplan Nr. 11B
Erfstadt-Kierdorf
Louisenstraße

Bebauungsplan Nr. 11 B, Erftstadt-Kierdorf, Louisenstraße
(Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes 11 A, Erftstadt-Kierdorf,
Steinweg)

1. Begründung:

Der Bebauungsplan Nr. 11 A (entwickelt aus dem Bebauungsplan Nr. 11) sieht eine Bebauung der Grundstücke an der Friedrich-Ebert-Straße im rückwärtigen Bereich vor, mit Erschließung über den Wendehammer Louisenstraße und zwei Fußwege.

Die betroffenen Eigentümer möchten ihre Gärten jedoch in derzeitiger Nutzung belassen und beantragen eine Änderung der Bauleitplanung mit Wegfall von Bauflächen und entsprechende Erschließung.

Mit diesem Anliegen befaßte sich bereits der Petitionsausschuß des Landtages und regte an, den Petenten zu helfen, da öffentliche Belange einer Änderung nicht im Wege stehen.

2. Kosten:

Kosten entstehen nicht. 2

3. Bodenordnung:

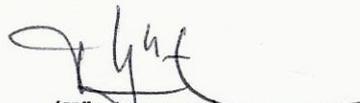
Eine Baulandumlegung nach § 45 BBauG wurde während des Bebauungsplanverfahrens 11 A eingeleitet.

Gesehen!
Köln, den 16. Aug. 1976
Der Regierungspräsident
Im Auftrag

Ruch

Bebauungsplan Nr. 11 B, Erfstadt-Kierdorf, Louisenstraße
(Änderung des rechtskräftigen Bebauungsplanes 11 A, Erfstadt-Kierdorf,
Steinweg)

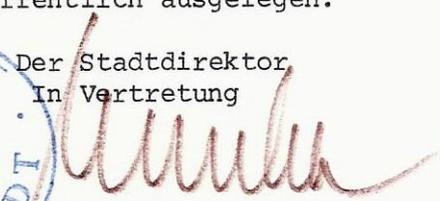
Dieser Plan ist gem. § 2 (1) des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) durch Beschluß des Rates der Stadt Erfstadt vom 9.10.1975 aufgestellt worden.


(Hüntemann)
stellv. Bürgermeister

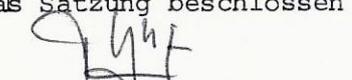
Dieser Plan hat gem. § 2 (6) Bundesbaugesetz vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) in der Zeit vom 20.11.1975 bis 19.12.1975 öffentlich ausgelegen.



Der Städtedirektor
In Vertretung


(Wronka)
Techn. Beigeordneter

Dieser Plan ist gem. § 10 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) vom Rat der Stadt Erfstadt am 24.2.1976 als Satzung beschlossen worden.


(Hüntemann)
stellv. Bürgermeister

Dieser Plan ist gem. § 11 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) mit Verfügung vom 16.8.1976 genehmigt worden.

Der Regierungspräsident
Im Auftrag
gez. Precht

Die Bekanntmachung der Genehmigung des Regierungspräsidenten sowie Ort und Zeit der Auslegung gem. § 12 des Bundesbaugesetzes vom 23.6.1960 (BGBl. I S. 341) ist am 16.09.1976 erfolgt.

**(Lemberg)
Städtedirektor**